

Hürden des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwungs in der Ukraine

Strekal, Oleg

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Strekal, O. (1995). *Hürden des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwungs in der Ukraine*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 38/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45617>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hürden des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwungs in der Ukraine

Zusammenfassung

Die folgende Analyse gibt die Sicht eines ukrainischen Wissenschaftlers wieder, der gegenwärtig in Deutschland forscht. Nach längerer Zeit der Stagnation wird nun in der Ukraine versucht, durch einen zügigen Reformprozeß den Anschluß an die übrigen Transformationsländer herzustellen. Bei der Durchführung dieser "schnellen" Wirtschaftsreform wiederholt die Regierung des Präsidenten Kutschma die Fehler der russischen "Schocktherapie" unter Ministerpräsident Gaidar. Das heißt, die ukrainische Regierung setzt in erster Linie auf monetaristische Instrumente zur Herbeiführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Unter diesen Umständen ist zu erwarten, daß die Industrieproduktion weiter abnehmen und sich die soziale Lage trotz einer gewissen Verbesserung der finanziellen Situation weiter verschlechtern wird. Die soziale Unzufriedenheit könnte zu politischen Veränderungen in der Ukraine führen, wodurch die Positionen der kommunistischen und sozialistischen Kräfte in der Exekutive und der Legislative möglicherweise gestärkt würden.

Überblick über die Finanz- und Wirtschaftssituation in der Ukraine

Das von Präsident Kutschma im vergangenen Oktober gestartete wirtschaftliche Reformprogramm versprach, mit einer umfassenden Privatisierung, einschließlich der Privatisierung von Land, zu beginnen, die staatlichen Subventionen für die materielle Produktion drastisch zu kürzen, Export- und Importgeschäfte zu liberalisieren sowie das Staatsmonopol in diesen Bereichen aufzugeben und schließlich das Steuersystem neu zu organisieren mit dem Ziel, die Steuern zu senken.¹ Präsident Kutschmas

¹ Näheres dazu im Interview Präsident Kutschmas in: Golos Ukrainy, 19.11.1994, S. 2-3. Auf die Aussichten der Privatisierung in der Ukraine ging der Präsident in einer Rede vor dem Internationalen Symposium für Probleme der Schaffung eines Kapitalmarkts in der Ukraine ein, in: Urjadovyj kur'jer, 28.01.1995, S. 3-4.

Reformprogramm fand Unterstützung bei den internationalen Finanzinstitutionen, so daß der erste Teilbetrag eines IWF-Kredits der Ukraine Ende 1994 gewährt wurde. Die USA haben für die Unterstützung des ukrainischen Finanzsystems 100 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt (von denen 72% für den Energiesektor bestimmt sind). Mit dieser internationalen Hilfe hat die Ukraine ihre Kosten für Energieressourcen im ersten Quartal des letzten Jahres bestritten. Im Laufe des Jahres 1995 soll die Ukraine Kredite der italienischen Regierung, der Weltbank, der EBRD und anderer Institutionen erhalten.¹

Trotz der beträchtlichen westlichen Hilfe an die Ukraine bleibt Rußland (durch die Lieferung von Energieressourcen) zugegebenermaßen der größte ausländische Gläubiger des Landes. An die Stelle der früheren russischen Strategie wirtschaftlicher Erpressung Kiews mit der Öl- und Gasknappheit der Ukraine ist ein geschickteres Vorgehen getreten. Die russische Regierung liefert dem Land Öl und Gas auf Kredit und zählt auf die Möglichkeit, die geschuldete Summe in Form von russischen Stammaktien an den ukrainischen Energienetzen und -unternehmen zurückzuerhalten.

Die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs haben einige vorübergehende Erfolge gehabt. Insbesondere stabilisierte sich der Wechselkurs der nationalen Währung, und die Subventionen für den Industrie- und den Agrarsektor konnten etwas reduziert werden. In den letzten Monaten des Jahres 1994 sank das Haushaltsdefizit von 22,4% auf ca. 20% des Bruttoinlandsprodukts. Der Preisanstieg im vierten Quartal 1994 lag um die Hälfte niedriger als im gleichen Zeitraum 1993.² Trotzdem wurde das Jahr 1994 mit entmutigenden Zahlen der Wirtschaftsentwicklung beendet. Das Defizit des Staatshaushalts betrug 49%. Das Finanzsystem schien lahmgelegt zu sein: Der Staat war nicht mehr in der Lage, die inneren und äußeren Schulden abzubauen. Die Liquiditätskrise im industriellen Bereich trug zu weiteren Schließungen von Unternehmen bei. Der jährliche Rückgang der Industrieproduktion erreichte 28% gegenüber 8% 1993, was, wie Präsident Kutschma sagte, den Beginn der Deindustrialisierung des Landes markierte. Der jährliche Rückgang der Agrarproduktion hat sich auf 17% beschleunigt. Die Inflationsrate schwankt zwischen 100% und 110% pro Monat.³ In den ersten Monaten 1995 ging der wirtschaftliche Niedergang weiter, obwohl die Regierung versuchte, die Situation zu verbessern.

Während die ukrainische Führung versuchte, marktwirtschaftliche Reformen in Gang zu setzen, sah sie sich mit fast unlösbaren Problemen auf folgenden Gebieten konfrontiert: Haushaltsdefizit, finanzielle Stabilisierung, Wiederaufbau der Industrie, Devisenreserven, Wirtschaftsbeziehungen zu den Regionen, Umverteilung der Macht innerhalb der Wirtschaftseliten und schließlich die Fragen des politischen Konsenses und der sozialen Bereitschaft, die Reformen in vollem Umfang durchzuführen. Diese Aspekte sollen hier näher untersucht werden.

Wirtschaftliche und finanzielle Hürden

Die Ursachen für das Haushaltsdefizit bleiben weiterhin wirksam, so daß dessen geschätzte Höhe für 1995 wieder bei 50% liegen wird.⁴ Zu den am stärksten wirkenden Faktoren, die den Kollaps des Staatshaushalts verursachten, gehören vor allem:

- Auslandsschulden für Öl- und Gaslieferungen aus Rußland und Turkmenistan (4,3 Mrd. US-Dollar Ende 1994);⁵

¹ Mitteilung der Nationalbank der Ukraine, in: Urjadovyj kur'jer, 27.12.1994, S. 3.

² Siehe das Interview des ukrainischen Vizepremiers Viktor Pysenyk, in: Nezavisimost', 07.12.1994, S.3.

³ Näheres dazu siehe im Bericht des Ministerkabinetts der Ukraine, in: Urjadovyj kur'jer, 27.10.1994, S. 4, sowie die Rede Präsident Kutschmas "Es gibt für uns keinen Weg zurück", in: Pravda Ukrainy, 17.01.1995, S. 1-2.

⁴ Das System der Haushaltsplanung hat sich mit dem Präsidentenerlaß "Über die staatliche Planung der Wirtschaftsentwicklung der Ukraine für das Jahr 1995" geändert: Zuerst muß das Parlament den Staatshaushalt annehmen, und dann arbeitet das Ministerkabinett ein staatliches Programm zur Erfüllung der im Haushalt gestellten Aufgaben aus.

⁵ Ende 1994 hatten die Regierungsprojekte, mit denen eine Minderung der ukrainischen Abhängigkeit im Energiebereich von Rußland angestrebt wurde - etwa eine Pipeline aus dem Iran durch Aserbaidschan in die Ukraine sowie ein Ölterminal in der Nähe von Odessa (Stadt Jushne) - noch nicht das Stadium der praktischen Realisierung erreicht. Fortschritte sind aber im Januar 1995 gemacht worden, als das ukrainische Parlament für die Zuteilung von Land zum Bau eines Terminals stimmte. Vermutungen zufolge wurde die Ausführung des Projekts "Odessa-Terminal" aufgeschoben, da die russische Regierung wirtschaftlichen und politischen Druck auf Kiew ausübte, um das russische Transportmonopol für Öl in der Schwarzmeer-Region zu behalten.

- fortdauernde finanzielle Zuwendungen, die 30% des Bruttoinlandprodukts ausmachen (die höchsten Subventionen werden im sozialen Bereich gezahlt: ca. 94% der Wohnkosten, 98% für den Gasverbrauch der Bevölkerung);¹
- Zahlungen an den Rentenfonds, die ein Drittel der Summe des Haushaltsdefizits ausmachen.²

Die zeitweilige Stabilisierung der nationalen Währung bedeutet nicht, daß sich das staatliche Finanzsystem entscheidend verbessert hätte, denn diese Stabilisierung wurde durch den Verzug bei der Auszahlung von Gehältern und durch den Anstieg der Verschuldung zwischen den Unternehmen erreicht. Durch die Unterstellung der Zentralbank unter das Parlament wird die finanzielle Situation noch instabiler, da das Parlament die Bank zwingt, weitere Kredite zu gewähren. Die gleiche destabilisierende Wirkung hat ein System von Privilegien für die Empfänger staatlicher Kredite, von dem sowohl das Parlament als auch die Regierung eifrig Gebrauch machen. Staatliche Kredite, die zu Vorzugsbedingungen gewährt werden, bedeuten in der Praxis, daß der Empfänger nicht zur Rückzahlung verpflichtet ist.

Die Preisfreigabe, eine der ersten Reformmaßnahmen der Regierung, wurde vor der groß angelegten Privatisierung und Entmonopolisierung der staatseigenen Industrien in Angriff genommen. Unter diesen Umständen erwies sich die Preisfreigabe als eine administrative Preiserhöhung, die zu weiterer Verarmung der Bevölkerung führte.³

Der Niedergang in der Industrieproduktion wird durch die Unfähigkeit der Staatsführung, mit der Umstrukturierung von Industrien zu beginnen, noch verschärft. Das gilt vor allem für den Kohlebergbau, die Hüttenindustrie, den Schwermaschinenbau und den militärisch-industriellen Komplex. Das Fehlen eines geeigneten Konzepts zur Umstrukturierung und Umorientierung des alten sowjetischen Industrieerbes trägt (durch die Subventionen für ineffektive Industriebranchen) zur Vergrößerung des Haushaltsdefizits ebenso bei wie zu sozialer Unzufriedenheit in Industriebereichen "ohne Zukunft".⁴ Was den militärisch-industriellen Komplex angeht, so ist das Schicksal der Konversion in diesem Bereich weiterhin unklar. Zieht man die Absichten der ukrainischen Regierung, eine intensive militärisch-industrielle Zusammenarbeit mit Rußland zu entwickeln, in Betracht, dann spricht einiges dafür, daß die Konversion für die Regierung nicht mehr vorrangig ist und durch ein umfassendes Waffenproduktionsprogramm ersetzt werden kann. Das bedeutet, daß dann etwa 700 Unternehmen mit moderner Technologie und Ausrüstung dem Prozeß der Wirtschaftsreform entzogen werden.

Schwierigkeiten eigener Art bereitet die Situation im Agrarbereich. 1995 wird das System der Staatsaufträge (goszakazy) für die landwirtschaftliche Produktion erhalten bleiben. Die Betriebe dürfen ihre Produkte erst nach Erfüllung der Staatsaufträge zu Marktpreisen verkaufen. Es hat den Anschein, daß der Staat die landwirtschaftlichen Betriebe nur im Rahmen eines Staatsauftrags mit Material, Finanzmitteln und Technik versorgen will. Da ein unabhängiges System für Transport und Dienstleistungen nicht vorhanden ist, sind die landwirtschaftlichen Produzenten nicht in der Lage, einen freien Markt mit größeren Mengen von Produkten zu beliefern.⁵

Der nächste entscheidende Faktor ist der, daß das Land es versäumt hat, Devisenreserven anzulegen. Die ukrainische Wirtschaft funktioniert nach wie vor wie eine Pumpe, die natürliche und materielle Ressourcen und Devisen über die Grenze pumpt. Laut Schätzungen der Parlamentarischen Kommission für die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption kamen von der Summe der ukrainischen Exporte 1993 in Höhe von 4 Mrd. US-Dollar nur etwa 120 Mio. US-Dollar ins Land zurück. Der Rest blieb auf Konten bei ausländischen Banken. Dasselbe gilt für 1994.⁶

Auch wegen des fortdauernden Konflikts zwischen den Wirtschaftsinteressen der Regionen und des

¹ Zu den größten Empfängern staatlicher Kredite und Subventionen gehören außerdem die Kohle- und Hüttenindustrie sowie der Agrarkomplex und der militärisch-industrielle Komplex.

² Die Zahlungen an den Rentenfonds werden durch Steuererhöhungen im zusammenbrechenden industriellen Bereich aufgebracht.

³ Anzumerken ist, daß die Preise freigegeben wurden, während gleichzeitig die Löhne und verschiedene soziale Zahlungen streng begrenzt wurden, was ein weiteres Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung zur Folge hatte.

⁴ Im Zeitraum 1991-1994 ging das Volumen der Kapitalinvestitionen um 75% zurück, so daß jede Möglichkeit, in näherer oder fernerer Zukunft mit der Erneuerung der Industrien zu beginnen, zunichte gemacht wurde. Vgl. die Analyse der ukrainischen Wirtschaft durch den ehemaligen ukrainischen Vize-Premier Wladimir Lanowoi, in: Kievskie vedomosti, 10.01.1995, S. 5.

⁵ Die Krise in der Agrarproduktion wird durch die "landwirtschaftliche Aktivität" der Bevölkerung etwas gemildert. Über 50% der ukrainischen Familien ernähren sich von Kartoffeln, Möhren, Kohl, Tomaten u.ä., die sie auf kleinen gepachteten Landparzellen anbauen.

⁶ Die maßgeblichen Zahlen der Parlamentarischen Kommission sind veröffentlicht in: Visti z Ukrainy, Nr. 45/1994, S. 15.

Zentrums verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation. Seinen sichtbarsten Ausdruck findet dieser Konflikt in den weitverbreiteten Bewegungen für "freie Wirtschaftszonen". Die Gebiete Transkarpatien, Odessa, Krim, Donezk-Dnjepr-Becken u.a. haben eigene Konzepte für "wirtschaftliche Sonderkonditionen" zur Überwindung der katastrophalen Wirtschaftslage erarbeitet. Was alle diese Initiativen eint, ist die Idee, die Zahlungen an den Staatshaushalt drastisch zu senken und die Herrschaft des Zentrums im Wirtschaftsbereich zu reduzieren. Im Zuge der sich verschlechternden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie nimmt die Wahrscheinlichkeit politischen Ungehorsams und wirtschaftlicher "Autonomie" der Regionen zu.

Der nächste bedeutsame Punkt ist das Entstehen neuer Einflüßzentren im Wirtschaftssystem. Die Mißachtung der Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform hat ebenso wie die strenge staatliche Kontrolle jeglicher Wirtschaftstätigkeit einen großen Teil dieser Aktivitäten in einen "zweiten" Markt oder "Schattenmarkt", d.h. in die Illegalität, gedrängt. Schätzungen zufolge werden 25-30% des Umsatzes in der Ukraine in der "zweiten Wirtschaft" gemacht. Die Folge sind die Flucht von Ressourcen und Kapital aus der Ukraine sowie Korruption gewaltigen Ausmaßes und die Zunahme organisierter krimineller Gruppierungen.¹ Ein weiteres diesbezügliches Wesensmerkmal der ukrainischen Wirtschaft ist das System der privaten Kapitalbildung und der Einsatz von Profiten, die auf der Basis von Staatseigentum gemacht wurden. Fast alle großen privaten Kapitalvermögen wurden oder werden durch Spekulation mit Staatsmitteln, durch Vorzugskredite, Reexport billiger Ressourcen und versteckte Privatisierung von Staatsunternehmen angehäuft. Ein solches System tendiert zur übermäßigen Ausbeutung von Arbeitskräften und zweitens zur Monopolisierung wichtiger Bereiche der Geschäftstätigkeit.

Insofern ließe sich argumentieren, daß sich während des sogenannten "Übergangs zur Marktwirtschaft" ein spezifisches Wirtschaftssystem herausgebildet habe, das auf der Basis de-jure bestehender Staatsmonopole bei de-facto ausgeübter Kontrolle durch Privatpersonen und -gruppierungen funktioniert. Dieses System erschwert die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen in dreierlei Weise:

a) Die frühere administrative Sowjetwirtschaft, die 1991-1992 hätte reformiert werden müssen, hat sich grundlegend verändert. Heute muß die ukrainische Regierung einen spezifischen Wirtschaftsorganismus reformieren, der auf der Basis einer Umverteilung von Macht und Einflußsphären sowie versteckter Privatisierung von Staatseigentum durch eine neue Klasse von Wirtschaftsprofiten errichtet worden ist. Staatlicher Einfluß auf ein solches System ist in der Regel gering. Das gleiche gilt für die Fähigkeit der ukrainischen Führung, ein marktwirtschaftliches Programm durchzuführen, das den Interessen der "neuen Herren" des Wirtschaftslebens zuwiderläuft.

b) Die Legalisierung einer "zweiten Wirtschaft" sowie ihre "Zivilisierung" durch marktwirtschaftliche Normen und Regeln wird sehr arbeits- und zeitaufwendig sein. Massives Verheimlichen von Gewinnen, Spekulationen mit staatlichen Geldern sowie Mißachtung der Wirtschaftsinteressen des Staates (etwa Weiterverkauf staatlicher Ressourcen, auch strategisch wichtiger) werden die wirtschaftliche Situation in der Übergangsperiode ernsthaft belasten.

c) Ein neues ukrainisches monopolistisches Wirtschaftssystem ist nicht verbraucherfreundlich. Mit ihrer Tendenz zu Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Verringerung der Qualität und Quantität von Dienstleistungen dienen Geschäftsaktivitäten in einem solchen System nicht den Interessen der Bevölkerung. Ein solches System, das die Verbraucherinteressen noch mehr mißachtet als das alte Sowjetsystem, führt zu weit verbreiteter Enttäuschung über die Idee der Marktwirtschaft und gefährdet die jungen Keime der Demokratie in der Ukraine.

Politische und soziale Hürden

Es muß betont werden, daß die Frage der Wirtschaftsreform weiterhin durch einen Konflikt über Rechte und Kompetenzen zwischen den Zweigen der ukrainischen Staatsmacht, nämlich der Exekutive (Präsident) und der Legislative (Parlament), blockiert ist. Laut den Konzepten des Präsidenten ist die Durchführung

¹ Es muß betont werden, daß Spekulationen über eine mächtige ukrainische Mafia nicht zutreffen. Als organisierte kriminelle Gruppe ist die Mafia noch zu schwach, um die Wirtschaft zu kontrollieren. Im Gegenteil: Finanz-, Industrie- und Handelsmonopole kontrollieren die Mafia, indem sie sie als "letztes Argument" bei ihren Geschäften ins Feld führen. Schon der Begriff "Mafia" gibt die Prozesse, die sich in der ukrainischen Wirtschaft und Gesellschaft vollziehen, nicht angemessen wieder, denn sie lassen sich nicht auf den Einfluß und die Aktivitäten krimineller Organisationen einengen.

der Reformen nur über einen starken vertikalen administrativen Strang möglich, der dem Staatspräsidenten unterstellt sein muß. Der Präsident soll als Oberhaupt der Exekutive die Zentralregierung ebenso wie die Exekutivinstitutionen der lokalen Räte kontrollieren. Das Parlament soll als rein legislative Körperschaft nur über geringe Möglichkeiten verfügen, in die operative Leitung des Staates einzugreifen. Demgegenüber sieht sich das ukrainische Parlament als die höchste Kontrollinstanz, die für die Führung des Staates verantwortlich ist. Tatsächlich lenkt ein Machtkonflikt die Aufmerksamkeit des Parlaments wie auch des Präsidenten von den alltäglichen Reformproblemen und von der gesetzgeberischen Unterstützung des wirtschaftlichen Wandels ab und macht das staatliche System administrativ und wirtschaftlich weniger steuerbar. Unter diesen Umständen lassen sich keinerlei radikale wirtschaftliche Maßnahmen verwirklichen. Eine Privatisierung in vollem Umfang ist bislang an den politischen Spannungen zwischen dem Parlament und dem Präsidenten gescheitert. Während der Präsident sie sofort beginnen möchte, hat das Parlament diesen Prozeß im ganzen Land blockiert und versucht, Unternehmen aufzulisten, die nicht privatisiert werden sollen und alle Fälle sogenannter "versteckter Privatisierung" zu erfassen.¹

Eine weitere politische Schwierigkeit liegt darin, daß sich die Struktur der Kräfte, die Präsident Kutschma unterstützen, nach der Einführung seines Reformprogramms geändert hat. Der ukrainische Präsident hat einen erheblichen Teil seiner Anhängerschaft in den mittleren und östlichen Landesteilen verloren, während das Lager seiner Anhänger in Galizien größer geworden ist. Die gleiche Entwicklung fand innerhalb der politischen Parteien und Bewegungen statt. Diese Verschiebung macht deutlich, daß es der Mannschaft des Präsidenten an einer beständigen Plattform für die Unterstützung ihrer Aktivitäten fehlt. Die drastischen Veränderungen in den Meinungen und das Fehlen einer "Präsidentenpartei" (einer einflußreichen politischen Kraft, die hinter dem Präsidenten steht) macht die Positionen der Führungskräfte des Landes verwundbar, insbesondere angesichts eines organisierten politischen Drucks von seiten der Kommunisten und Sozialisten.

Die sozialen Kosten der marktwirtschaftlichen Reformen scheinen unterschätzt zu werden. Die üblichen Besorgnisse gelten der sozialen Stabilität in den Regionen und der Wahrscheinlichkeit sozialer Unruhen. Die Hauptursachen für zu erwartende soziale Spannungen sind bekannt. Über 90% der ukrainischen Bevölkerung leben in Armut. Von 25 Millionen arbeitsfähigen Menschen sind ca. 50% arbeitslos oder unterbeschäftigt und genießen fast keine soziale Unterstützung.² Das System der Sozialfürsorge deckt nicht die Grundbedürfnisse potentiell radikaler Gruppen, vor allem der Arbeiter in den Hauptindustriezweigen. Bisher haben diese Mißstände jedoch hauptsächlich zu Demonstrationen und Streiks geführt, aber keine größeren sozialen Konflikte ausgelöst.

Daneben bleiben einige andere Themen unbeachtet. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben in der Gesellschaft unumkehrbare Entwicklungen in Gang gesetzt. Vor allem haben diese Schwierigkeiten zur Rückentwicklung der sozialen Infrastruktur geführt. Die soziale Infrastruktur eines entwickelten Industriestaats, für die ein hohes Bildungs- und Kulturniveau der Bevölkerung, eine entwickelte Mittelklasse von hochqualifizierten Facharbeitern sowie das Fehlen großer Unterschiede im Lebensstandard der verschiedenen sozialen Gruppen kennzeichnend ist, diese Infrastruktur ist durch die soziale Struktur eines Entwicklungslandes ersetzt worden. 3-5% der Bevölkerung sind enorm reich, während die übrigen am Existenzminimum leben. Die Mittelklasse, eine Säule der Gesellschaft, ist völlig marginalisiert, sie verliert ihren sozialen Status, ihren materiellen Standard und die Motivation für produktive Tätigkeit. Die in der Öffentlichkeit vorherrschende Stimmung ist gekennzeichnet durch Zukunftsangst, ständige Feindseligkeit und Mißtrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Diese Umgestaltung der ukrainischen Gesellschaft muß nicht notwendigerweise Konflikte und Zusammenstöße provozieren. Im Gegenteil, der gesellschaftliche Niedergang vollzieht sich ohne solche Extreme. Die Frage ist nur, ob eine solche Gesellschaft in der Lage ist, sich marktwirtschaftliche und demokratische Regeln anzueignen und ob sie genügend Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt, um die gegenwärtige Krise zu überwinden. Ferner fragt es sich, ob der gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Niedergang aus der Ukraine einen Staat machen wird, den Präsident Kutschma einmal ein "Kolumbien in der Mitte Europas" nannte.

¹ Vgl. das Interview mit dem Führer der parlamentarischen Gruppe "Reformen" Serhij Sobolev, in: Kyivska Pravda, 16.12.1994, S. 1.

² Vgl. den Brief ukrainischer Wirtschaftsexperten an den Präsidenten und den Sprecher des Parlaments, in: Golos Ukrainy, 11.01.1995, S. 3.

Fazit

Die Schwächung der ukrainischen Wirtschaft geht mit verstärkten Integrationstendenzen innerhalb der GUS einher. Bedenkt man die Tatsache, daß sich die Ukraine bereit erklärt hat, zwischenstaatliche Kompetenzen an einige Gremien der GUS abzutreten, und bedenkt man ferner die zunehmenden reformfeindlichen Stimmungen in der Gesellschaft, dann scheint es unvermeidlich, daß sich die ukrainische Wirtschaft nach und nach dem wiederbelebten Zentrum in Moskau unterordnet. Im Hinblick auf die nationale Sicherheit bedeutet dies eine weitere Erosion der nationalen Identität und der Nationalstaatlichkeit der Ukraine, die durch ein erneuertes Konzept eines "gemeinsamen Raumes" und einer "Bruderschaft von Nationen" in der GUS unter russischer Vorherrschaft ersetzt werden.

Oleg Strekal

Der Verfasser ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Teilnehmer am von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungs- und Ausbildungsprojekt "Die Sicherheitspolitiken der ostmitteleuropäischen Länder und Entwicklung der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur".

Übersetzung: Bernd Bentlin

Redaktion: Claudia Bell/Roland Götz

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071